

NR. 997 | 30. SEPTEMBER 2013

AMTLICHE BEKANNTMACHUNG

**Master-Prüfungsordnung für den
Studiengang „Angewandte Informatik“
an der Ruhr-Universität Bochum**

vom 30. September 2013

**Master-Prüfungsordnung für den Studiengang
"Angewandte Informatik"
an der Ruhr-Universität Bochum
vom 30. September 2013**

Aufgrund der §§ 2 Abs. 4, 64 Abs. 1 des Hochschulgesetzes NRW (HG) vom 31.10.2006 (GV.NRW S. 474), zuletzt geändert durch Art. 1 ÄndG vom 18. Dezember 2012 (GV. NRW. S. 672) hat die Ruhr-Universität Bochum die folgende Ordnung erlassen:

Inhaltsübersicht

I. Allgemeines

- § 1 Ziel des Studiums
- § 2 Zulassung zum Studium
- § 3 Regelstudienzeit und Studienumfang
- § 4 Hochschulgrad und Berufsbezeichnung
- § 5 Module
- § 6 Prüfungsleistungen
- § 7 An- und Abmeldung von Prüfungsleistungen und Nachteilsausgleich
- § 8 Bewertung von Prüfungsleistungen und Bekanntgabe von Ergebnissen
- § 9 Bewertung von Modulen
- § 10 Wiederholungen von Prüfungen und endgültiges Nichtbestehen
- § 11 Prüfungsausschuss
- § 12 Prüfende und Beisitzende
- § 13 Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungen, Einstufung in höhere Fachsemester
- § 14 Versäumnis, Täuschung und Ordnungsverstoß

II. Masterprüfung

- § 15 Zulassung
- § 16 Art und Umfang der Masterprüfung
- § 17 Masterarbeit
- § 18 Annahme und Bewertung der Masterarbeit
- § 19 Bestehen und Benotung der Masterprüfung
- § 20 Zeugnis der Masterprüfung
- § 21 Diploma Supplement
- § 22 Masterurkunde

III. Schlussbestimmungen

- § 23 Ungültigkeit der Masterprüfung, Aberkennung des akademischen Grades
- § 24 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 25 Übergangsbestimmungen
- § 26 Inkrafttreten und Veröffentlichung

I. Allgemeines

§ 1 Ziel des Studiums

- (1) Die Masterprüfung bildet den wissenschaftlich berufsqualifizierenden Abschluss des Studiums der Angewandten Informatik an der Ruhr-Universität Bochum.
- (2) Ziel des Masterstudiums ist die Vermittlung von Kenntnissen auf dem Gebiet der Angewandten Informatik, um komplexe Ingenieur Tätigkeiten selbstständig und verantwortlich durchführen zu können. Der Masterstudiengang führt damit zu einer Berufsqualifizierung, die für eine Mitarbeit in Forschung und Entwicklung mit Führungsverantwortung nötig ist. Er vermittelt zudem die notwendigen Kenntnisse für wissenschaftliche Arbeiten auf Promotionsniveau.
- (3) Durch die Masterprüfung soll festgestellt werden, ob der Kandidat bzw. die Kandidatin fundierte Kenntnisse und die Fähigkeit zur selbstständigen Anwendung anspruchsvoller wissenschaftlicher Methoden erlernt hat. Die Studierenden sollen zur kritischen Einordnung der wissenschaftlichen Erkenntnisse sowie zu verantwortlichem, interdisziplinärem Denken und Handeln befähigt werden und sollen komplexe Probleme der Angewandten Informatik analysieren und Lösungen erarbeiten können. Erweiterte Sprachkenntnisse und Studienaufenthalte im Ausland sind erwünscht.

§ 2 Zulassung zum Studium

- (1) Zum Masterstudium können Bewerber und Bewerberinnen zugelassen werden,
 - a) die über einen Bachelor of Science in Angewandter Informatik oder über einen Bachelor of Science in einem vergleichbaren Studiengang einer Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes nach mindestens sechssemestrigem Studium (drei Studienjahre) verfügen, oder
 - b) die über einen Bachelor of Science in Angewandter Informatik oder einen vergleichbaren Studienabschluss einer Hochschule außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes nach mindestens sechssemestrigem Studium (drei Studienjahre) verfügen, oder
 - c) die über einen Bachelorabschluss in einem anderen Studiengang, der einen erheblichen Anteil an informatiknahen Studienleistungen enthält, verfügen,
sofern die Bachelorprüfung mindestens mit der Gesamtbewertung „gut“ abgeschlossen wurde und die Gleichwertigkeit bzw. die Vergleichbarkeit des Studienabschlusses durch den Prüfungsausschuss festgestellt wird. Über Ausnahmen entscheidet der Prüfungsausschuss.
- (2) Der vorgelegte Bachelorabschluss muss methoden- und forschungsorientierte Inhalte im Umfang von mindestens 30 Leistungspunkte (LP) aus dem Bereich Mathematik und mindestens 90 LP aus dem Bereich Informatik beinhalten. Der Prüfungsausschuss kann ergänzende Studien- und Prüfungsleistungen (Auflagen) festlegen. Die Auflagen müssen innerhalb der ersten drei Fachsemester erbracht werden. Für den Zeitraum der Erbringung wird eine vorläufige Zulassung erteilt. Über Ausnahmen entscheidet aufgrund eines begründeten Antrags der Prüfungsausschuss.
- (3) Vereinbarungen zwischen Hochschulen werden vom Prüfungsausschuss bei der Feststellung der Gleichwertigkeit berücksichtigt.
- (4) Zum Studium kann nicht zugelassen werden, wer die Bachelor-, Master-, Diplomvor- oder Diplomprüfung in einer der Fachrichtungen „Angewandte Informatik“, „IT-Sicherheit“, „Sicherheit in der Informationstechnik“ oder einer verwandten Fachrichtung an Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes endgültig nicht bestanden hat.
- (5) Das Studium kann jeweils im Wintersemester oder im Sommersemester begonnen werden.
- (6) Vor Aufnahme des Masterstudiums ist eine Beratung über die Fächerwahl und die Struktur des Masterstudiengangs zu absolvieren.

§ 3 Regelstudienzeit und Studienumfang

- (1) Die Regelstudienzeit bis zum Erreichen des Masterabschlusses beträgt vier Semester bzw. zwei Studienjahre.
- (2) Der Studienumfang beträgt insgesamt 120 Leistungspunkte (LP). Ein Leistungspunkt entspricht einer durchschnittlichen Arbeitsbelastung von 30 Stunden.

§ 4 Hochschulgrad und Berufsbezeichnung

Ist die Masterprüfung bestanden, verleiht der Gemeinsam beschließende Ausschuss für Angewandte Informatik der Ruhr-Universität Bochum den Grad „Master of Science“, abgekürzt „M.Sc.“. Der Absolvent bzw. die Absolventin ist nach geltenden deutschen Ingenieurgesetzen berechtigt, die geschützte Berufsbezeichnung Ingenieur bzw. Ingenieurin zu führen. Der Abschluss ist äquivalent zum universitären Diplom-Ingenieur.

§ 5 Module

- (1) Das Studium ist modular aufgebaut.
- (2) Ein Modul kann aus mehreren Lehrveranstaltungen bestehen.
- (3) Jedes Modul wird mit einer Modulprüfung abgeschlossen. Die Modulprüfung kann sich aus mehreren Prüfungsleistungen zusammensetzen.

§ 6 Prüfungsleistungen

- (1) Eine Prüfungsleistung kann in Form einer Klausurarbeit, in Form eines Prüfungsgesprächs, durch die Bearbeitung studienbegleitend gestellter Aufgaben, eine Semesterarbeit, eine Projektarbeit, durch einen Seminarbeitrag, ein Praktikum oder einen Kolloquiumsbeitrag erbracht werden. Das Erbringen der Prüfungsleistungen kann sich auf mehrere Termine im Semester verteilen.
- (2) In einer Klausurarbeit soll der Nachweis erbracht werden, dass in einer begrenzten Zeit und mit begrenzten Hilfsmitteln Aufgabenstellungen aus dem Bereich der Lehrveranstaltung, auf die sich die Klausurarbeit bezieht, sachgemäß bearbeitet und geeignete Lösungswege gefunden werden können. Die Dauer einer Klausurarbeit beträgt zwischen einer und vier Zeitstunden.
- (3) In einem Prüfungsgespräch soll der Kandidat bzw. die Kandidatin nachweisen, dass er bzw. sie über ausreichende Kenntnisse im Prüfungsgebiet verfügt, Zusammenhänge erkennt und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einordnen kann. Prüfungsgespräche sollen 15 bis höchstens 45 Minuten pro zu Prüfendem bzw. zu Prüfender dauern. Sie werden vor zwei Prüfenden oder vor einer prüfenden Person in Gegenwart einer sachkundigen beisitzenden Person als Einzelprüfung oder Gruppenprüfung mit bis zu vier Studierenden abgelegt. Vor der Festsetzung der Bewertung hat der Prüfer bzw. die Prüferin ggf. den Beisitzer bzw. die Beisitzerin zu hören. Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse des Prüfungsgesprächs sind in einem Protokoll festzuhalten. Die im Verlaufe des Prüfungsgesprächs angefertigten Niederschriften und Skizzen gehören zum Protokoll.
- (4) Studienbegleitende Aufgaben finden parallel zur Lehrveranstaltung im gleichen Semester statt. Die Leistungen können sich auf mehrere Termine im Semester verteilen und schriftlich oder mündlich erbracht werden. Die Bewertung der von den Studierenden erbrachten Leistungen obliegt dem Leiter bzw. der Leiterin der Lehrveranstaltung. Dabei können auch Gruppenleistungen von dem Leiter bzw. der Leiterin der Lehrveranstaltung zugelassen werden, wenn eine individuelle Bewertung des Anteils eines jeden Gruppenmitglieds möglich ist.

- (5) In einer Semesterarbeit wird eine Aufgabenstellung aus dem Bereich der zugehörigen Lehrveranstaltung ggf. unter Heranziehung der einschlägigen Literatur und weiterer geeigneter Hilfsmittel bearbeitet. Die Bewertung der von den Studierenden erbrachten Leistungen obliegt dem Leiter bzw. der Leiterin der Lehrveranstaltung. Dabei können auch Gruppenleistungen von dem Leiter bzw. der Leiterin der Lehrveranstaltung zugelassen werden, wenn eine individuelle Bewertung des Anteils eines jeden Gruppenmitglieds möglich ist.
- (6) Eine Projektarbeit stellt die selbstständige Bearbeitung eines gestellten Themas dar. Dabei können auch Gruppenleistungen von dem Leiter bzw. der Leiterin der Lehrveranstaltung zugelassen werden, wenn eine individuelle Bewertung des Anteils eines jeden Gruppenmitglieds möglich ist. Die zu erbringende Leistung ist von dem Leiter bzw. der Leiterin der Lehrveranstaltung zu Beginn der Lehrveranstaltung zu definieren und am Ende der Lehrveranstaltung individuell zu bewerten.
- (7) Seminarbeiträge sind Leistungen, die zu einem vorgegebenen Rahmenthema von einem Teilnehmer bzw. einer Teilnehmerin in Form eines Vortrages und ggf. einer erläuterten grafischen Präsentation vor dem Teilnehmerkreis des Seminars erbracht und von dem Seminarleiter bzw. der Seminarleiterin bewertet werden. Die Prüfungsleistung für ein Seminar ist erbracht, wenn der bzw. die Studierende den eigenen Vortrag gehalten und an der zuvor festgelegten Anzahl von Einzelterminen zur Diskussion der Seminarbeiträge teilgenommen hat. Das Seminar ist nicht bestanden, wenn die bzw. der Studierende nicht an der zuvor festgelegten Anzahl von Einzelterminen teilgenommen hat und die Möglichkeit zum Nachholen der versäumten Einzeltermine nicht bzw. nicht erfolgreich genutzt hat.
- (8) Praktika sind Leistungen, bei denen zu vorgegebenen Themen von einem Teilnehmer bzw. einer Teilnehmerin eigene Versuche durchgeführt und von dem Praktikumsleiter bzw. der Praktikumsleiterin bewertet werden. Die Versuchsdurchführung kann in Gruppen erfolgen. Die Prüfungsleistung für ein Praktikum ist erbracht, wenn der bzw. die Studierende an der zuvor festgelegten Anzahl von Einzelterminen der betreffenden Lehrveranstaltung erfolgreich teilgenommen hat. Dies ist dann gegeben, wenn im Falle eines Praktikums die Durchführung, Protokollierung und Bewertung von Versuchen erfolgt ist. Das Praktikum ist nicht bestanden, wenn der bzw. die Studierende nicht an der zuvor festgelegten Anzahl von Einzelterminen erfolgreich teilgenommen hat und die Möglichkeit zum Nachholen der versäumten Einzeltermine nicht bzw. nicht erfolgreich genutzt hat.
- (9) Kolloquiumsvorträge sind Leistungen, bei denen Studierende die Inhalte und wichtigsten Ergebnisse ihrer Abschlussarbeiten einem Fachpublikum vorstellen. Kolloquien sind universitätsöffentlich.
- (10) Art und Umfang der Prüfungsleistungen sind Bestandteil des Modulhandbuchs in der jeweils aktuellen Fassung. Das Modulhandbuch ist im Internet verfügbar.
- (11) Für Prüfungsleistungen ist die Verwendung von Multiple-Choice-Verfahren in Abstimmung mit dem Prüfungsausschuss zulässig. Bei Multiple-Choice-Verfahren gibt es vorgegebene Antwortmöglichkeiten mit einer oder mehreren richtigen Lösungsmöglichkeiten. Das Markieren einzelner falscher Antworten führt dazu, dass die Antwort insgesamt als falsch bewertet wird.
- (12) Die Form der Modulprüfung und die Anmeldemodalitäten einschließlich der Fristen werden zu Beginn der ersten Lehrveranstaltung des Moduls von dem Leiter bzw. der Leiterin der Lehrveranstaltung bekannt gegeben. Ebenso wird bekannt gegeben, wie die Einzelbewertungen der Bestandteile der Prüfungsleistung in die Gesamtbewertung einfließen.
- (13) In jedem Studienjahr werden die Modulprüfungen (insbesondere Klausurarbeiten und Prüfungsgespräche) an zwei regulären Terminen angeboten. Lehrveranstaltungsbegleitende Prüfungsleistungen werden nach Ankündigung nur einmal pro Studienjahr angeboten.

§ 7 An- und Abmeldung von Prüfungsleistungen und Nachteilsausgleich

- (1) Zu allen Prüfungsleistungen und zur Masterarbeit haben sich die Studierenden selbstständig anzumelden. Die Fristen zur Prüfungsanmeldung werden zu Beginn des Semesters vom Prüfungsausschuss festgelegt.
- (2) Die Anmeldung zu Prüfungen der Wahlpflichtmodule nach der Modulliste in Anhang 1 muss spätestens im 3. Fachsemester erstmalig erfolgen. Erfolgt diese bis zum 2. Fachsemester nicht selbstständig, so wird die Anmeldung automatisch im 3. Fachsemester ausgeführt. Die Anmeldung zu allen anderen Prüfungsleistungen muss von den Studierenden spätestens im 4. Fachsemester erfolgen. Wurden mit der Zulassung zum Masterstudium Auflagen erteilt, so ändern sich die Fristen wie folgt:
 - bei Auflagen im Umfang bis zu 9 LP: keine Friständerung,
 - bei Auflagen im Umfang von 10-30 LP: + 1 Semester,
 - bei Auflagen im Umfang von mehr als 30 LP: + 2 Semester.
- (3) Sind von den Studierenden selbstständig anzumeldende Prüfungen der Wahlpflichtmodule im 2. Fachsemester noch nicht erstmalig angemeldet worden, so wird die Auswahl der Prüfungsleistungen zu Beginn des folgenden Semesters in einem Beratungsgespräch festgelegt. Die Anmeldung erfolgt im Anschluss an das Beratungsgespräch. Betroffene Studierende müssen das Beratungsgespräch innerhalb der ersten 4 Wochen nach Beginn der Vorlesungszeit des folgenden Fachsemesters während der üblichen Sprechstunden bei den zuständigen Mitarbeitern durchführen. Nach Ablauf dieser Frist teilt das Prüfungsamt Studierenden, die bis dahin nicht an einem Beratungsgespräch teilgenommen haben, schriftlich einen Termin für das Beratungsgespräch mit. Diese Mitteilung erfolgt an die letzte im Studierendensekretariat bekannte Adresse. Entscheidungen über die Festlegung von Prüfungen bei Nichtteilnahme an einem Beratungsgespräch trifft der Prüfungsausschussvorsitzende und berichtet dem Prüfungsausschuss (siehe § 11 Abs. 3).
- (4) Sofern eine Modulprüfung nicht bestanden ist, erfolgt automatisch die Anmeldung zur Wiederholungsprüfung zum nächstmöglichen regulären Termin. Ausnahmen sind der Modulliste (Anhang 1) zu entnehmen.
- (5) Jede Modulprüfung kann zweimal abgemeldet werden. Die Abmeldefrist endet 2 Wochen vor dem Prüfungstermin. Für abgemeldete Prüfungen erfolgt automatisch die Anmeldung zum nächstmöglichen regulären Termin.
- (6) Der Austausch von maximal zwei Wahlpflicht- bzw. Vertiefungsmodulen ist möglich. Ein Austausch ist nach endgültigem Nichtbestehen der Modulprüfung ausgeschlossen.
- (7) Wird an einer angemeldeten Prüfung ohne triftigen Grund nicht teilgenommen, so wird diese Prüfung mit 0 % bewertet, sofern sich der bzw. die Studierende nicht fristgerecht von der Prüfung abgemeldet hat.
- (8) Wird die Nichtteilnahme an einer Prüfung mit Krankheit begründet, so ist dieses mit einem ärztlichen Attest zu belegen, das die Prüfungsunfähigkeit zum Zeitpunkt der Prüfung bestätigt. Atteste sind unmittelbar nach der entsprechenden Prüfung, spätestens jedoch eine Woche nach dem Prüfungstermin beim Prüfungsamt vorzulegen. Darüber hinaus kann der Prüfungsausschuss in begründeten Zweifelsfällen festlegen, dass die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes erforderlich ist. Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe für das Versäumnis an, wird die betreffende Prüfung nicht auf die maximale Zahl der Modulprüfungen angerechnet.
- (9) Macht ein Kandidat bzw. eine Kandidatin durch ein ärztliches Zeugnis glaubhaft, dass er bzw. sie wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher oder psychischer Behinderung nicht in der Lage ist, Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, gestattet

der Vorsitzende bzw. die Vorsitzende des Prüfungsausschusses dem Kandidaten bzw. der Kandidatin, gleichwertige Leistungen in anderer Form zu erbringen.

- (10) Die gesetzlichen Mutterschutzfristen, die Fristen der Elternzeit und die Ausfallzeiten aufgrund der Pflege und Erziehung von Kindern im Sinne des § 25 Abs. 5 Bundesausbildungsförderungsgesetz sowie aufgrund der Pflege der Ehegattin bzw. des Ehegatten, der eingetragenen Lebenspartnerin bzw. des eingetragenen Lebenspartners oder einen in gerader Linie Verwandten oder ersten Grades Verschwägerten sind zu berücksichtigen.

§ 8 Bewertung von Prüfungsleistungen und Bekanntgabe von Ergebnissen

- (1) Die Bewertung von benoteten Prüfungsleistungen erfolgt nach dem Prozentpunktesystem gemäß § 9.
- (2) Die Bewertung von unbenoteten Prüfungsleistungen erfolgt durch „bestanden“ oder „nicht bestanden“.
- (3) Das Ergebnis einer Klausurarbeit soll in der Regel drei Wochen nach dem Klausurtermin dem Kandidaten bzw. der Kandidatin unter Beachtung der Datenschutzbestimmungen bekannt gegeben werden. Den Kandidatinnen und Kandidaten ist die Möglichkeit zur Einsichtnahme zu geben. Zeit, Ort und Fristen zur Einsichtnahme sind durch den Lehrenden bekannt zu geben.
- (4) Das Bewertungsergebnis eines Prüfungsgesprächs ist dem Kandidaten bzw. der Kandidatin im Anschluss an das Prüfungsgespräch bekannt zu geben.
- (5) Die Bewertungsergebnisse von in anderer Form erbrachten Leistungen werden von dem Leiter bzw. der Leiterin der betreffenden Lehrveranstaltung in geeigneter Form spätestens zwei Wochen nach Erbringen des letzten Bestandteils bekannt gegeben.

§ 9 Bewertung von Modulen

- (1) Eine Modulprüfung ist abgeschlossen, wenn alle Bewertungen der zugehörigen Prüfungsleistungen nach § 8 vorliegen.
- (2) Die Benotung der Modulprüfung wird vorgenommen, sobald die Modulprüfung abgeschlossen ist. Es wird eine gewichtete Durchschnittsbewertung (mit LP gewichtetes arithmetisches Mittel) der Prüfungsleistungen des Moduls nach Prozentpunkten vorgenommen. Dezimalwerte werden auf die nächste ganze Zahl aufgerundet.
- (3) Die Abstufung der Bewertung und die Notenbezeichnung ist der nachstehenden Tabelle 1 zu entnehmen:

Prozentpunktzahlen	Notenbezeichnung in Worten	
95 – 100	ausgezeichnet	(excellent)
84 – 94	sehr gut	(very good)
73 – 83	Gut	(good)
62 – 72	befriedigend	(satisfactory)
50 – 61	ausreichend	(sufficient)
0 – 49	nicht ausreichend	(fail)

Tabelle 1: Benotungsschema

- (4) Eine Klausurarbeit, die ausschließlich aus Multiple Choice Aufgaben besteht, gilt als bestanden, wenn

- a) mindestens 60 % der gestellten Fragen zutreffend beantwortet sind bzw. mindestens 60 % der insgesamt erreichbaren Punkte erzielt wurden, oder
- b) die Zahl der zutreffend beantworteten Fragen bzw. der zu erreichenden Punkte die durchschnittliche Prüfungsleistung der Kandidatinnen und Kandidaten, die innerhalb der Regelstudienzeit erstmals an der Prüfung teilgenommen haben, um nicht mehr als 22 % unterschreitet.

Die Vergabe von Negativpunkten ist nicht zulässig. Besteht eine Klausurarbeit sowohl aus Multiple Choice als auch aus anderen Aufgaben, so werden die Multiple Choice Aufgaben nach diesem Absatz bewertet. Die übrigen Aufgaben werden nach dem für sie üblichen Verfahren beurteilt. Die Note wird aus den gewichteten Ergebnissen beider Aufgabenteile errechnet. Die Gewichtung erfolgt nach dem Anteil der Aufgabenarten an der Klausurarbeit.

- (5) Bei Modulen, die nur aus unbenoteten Prüfungsleistungen bestehen, wird die Note „bestanden“ oder „nicht bestanden“ vergeben.
- (6) Eine Modulprüfung ist erfolgreich absolviert,
 - a) wenn in einem Modul, das nur aus benoteten Prüfungsleistungen besteht, eine Durchschnittsbewertung von mindestens 50 Prozentpunkten erreicht wurde;
 - b) wenn in einem Modul, das nur aus unbenoteten Prüfungsleistungen besteht, alle Prüfungsleistungen bestanden worden sind;
 - c) wenn in einem Modul, das sowohl aus benoteten als auch aus unbenoteten Prüfungsleistungen besteht, eine Durchschnittsbewertung von mindestens 50 Prozentpunkten in den benoteten Prüfungsleistungen erreicht wurde und alle unbenoteten Prüfungsleistungen bestanden worden sind.
- (7) Bei Modulen mit Wahlmöglichkeiten, bei denen die Zuordnung der Lehrveranstaltungen nicht festgelegt ist, erfolgt die Zuordnung durch den Studierenden bzw. die Studierende. Die Auswahl der Lehrveranstaltung und die Zuordnung zu dem entsprechenden Modul werden mit der ersten Anmeldung der Prüfungsleistung zu der Lehrveranstaltung festgelegt. Diese Zuordnung ist endgültig.
- (8) Eine Benotung nach der ECTS-Bewertungsskala wird auf die Gesamtnote beschränkt.

§ 10 Wiederholungen von Prüfungen und endgültiges Nichtbestehen

- (1) Eine nicht bestandene Modulprüfung kann wiederholt werden. Maximal sind drei Prüfungsversuche zulässig. Dieses gilt nicht für die Masterarbeit (siehe Abs. 2). Wird eine Modulprüfung auch nach drei Prüfungsversuchen (zweimaliger Wiederholung) nicht bestanden, so gilt die Modulprüfung als endgültig nicht bestanden. Ist eine Modulprüfung endgültig nicht bestanden, so ist die Masterprüfung endgültig nicht bestanden.
- (2) Die Masterarbeit kann bei nicht ausreichender Leistung einmal wiederholt werden. Die Wiederholung muss in dem auf das Nichtbestehen folgenden Semester stattfinden. Ist auch die Wiederholung mit weniger als 50 % bewertet, so ist diese Modulprüfung endgültig nicht bestanden. Eine zweite Wiederholung ist ausgeschlossen.
- (3) Über das endgültige Nichtbestehen der Masterprüfung wird dem Kandidaten bzw. der Kandidatin ein schriftlicher Bescheid erteilt. Dieser ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.
- (4) Die Wiederholung einer bestandenen Modulprüfung ist im Regelfall nicht zulässig. Auf Antrag kann der Prüfungsausschuss Studierenden je einen einmaligen Verbesserungsversuch für maximal drei bestandene Modulprüfungen genehmigen. Es zählt das beste Ergebnis.

§ 11 Prüfungsausschuss

- (1) Für die Organisation der Prüfungen und die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben bildet der Gemeinsam beschließende Ausschuss für den Bachelor- bzw. Masterstudiengang Angewandte Informatik einen Prüfungsausschuss. Der Prüfungsausschuss besteht aus dem bzw. der Vorsitzenden, seinem bzw. ihrem Stellvertreter bzw. seiner bzw. ihrer Stellvertreterin und fünf weiteren Mitgliedern, die vom Gemeinsam beschließenden Ausschuss für Angewandte Informatik nach Gruppen getrennt gewählt werden. Der bzw. die Vorsitzende, der Stellvertreter bzw. die Stellvertreterin und zwei weitere Mitglieder werden aus der Gruppe der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen, ein Mitglied wird aus der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und zwei Mitglieder werden aus der Gruppe der Studierenden gewählt. Entsprechend werden für die Mitglieder des Prüfungsausschusses, mit Ausnahme des bzw. der Vorsitzenden und seines bzw. ihres Stellvertreters bzw. seiner bzw. ihrer Stellvertreterin, Vertreter bzw. Vertreterinnen gewählt. Die Amtszeit für den Vorsitzenden bzw. die Vorsitzende und seinen bzw. ihren Stellvertreter bzw. seine bzw. ihre Stellvertreterin und die Mitglieder der Gruppe der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen beträgt drei Jahre. Die Amtszeit der anderen Mitglieder beträgt ein Jahr. Die Wiederwahl ist zulässig.
- (2) Der Prüfungsausschuss ist Behörde im Sinne des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungsprozessrechtes.
- (3) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden und sorgt für die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfungen. Er ist insbesondere zuständig für die Entscheidung über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen. Der Prüfungsausschuss berichtet regelmäßig der Gemeinsam beschließende Ausschuss für Angewandte Informatik. Er gibt Anregungen zur Reform der Prüfungsordnung. Der Prüfungsausschuss kann die Erledigung seiner Aufgaben für alle Regelfälle auf den Vorsitzenden bzw. die Vorsitzende übertragen. Dies gilt nicht für Entscheidungen über Widersprüche.
- (4) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben dem bzw. der Vorsitzenden oder seinem bzw. ihrem Stellvertreter bzw. seiner bzw. ihrer Stellvertreterin zwei weitere Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen und mindestens ein weiteres stimmberechtigtes Mitglied anwesend sind. Er beschließt mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des bzw. der Vorsitzenden bzw. seines bzw. ihres Stellvertreters bzw. seiner bzw. ihrer Stellvertreterin. Die studentischen Mitglieder des Prüfungsausschusses wirken bei der Bewertung und Anrechnung von Studienleistungen und Prüfungen nicht mit.
- (5) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben in begründeten Fällen das Recht, dem Erbringen von Prüfungsleistungen beizuwohnen.
- (6) Der Prüfungsausschuss kann zur Organisation der Prüfungsangelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Sicherheitsbestimmungen eine elektronische Datenbank führen.
- (7) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. Sie finden in der Regel einmal pro Semester statt. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und ihre Stellvertreter bzw. Stellvertreterinnen unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch den Vorsitzenden bzw. die Vorsitzende des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten. Über die Beratungen des Prüfungsausschusses wird ein Ergebnisprotokoll angefertigt.
- (8) Dem Prüfungsausschuss bzw. dessen Vorsitzender bzw. Vorsitzendem steht das Prüfungsamt zur Erledigung der regelmäßigen Aufgaben zur Seite.

§ 12 Prüfende und Beisitzende

- (1) Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfenden und die Beisitzenden. Er kann die Bestellung der bzw. dem Vorsitzenden übertragen. Zu Prüfenden darf nur bestellt werden, wer mindestens über

den entsprechenden Masterabschluss oder einen vergleichbaren Abschluss verfügt und, sofern nicht zwingende Gründe eine Abweichung erfordern, in dem Fachgebiet, auf das sich die Prüfung bezieht, eine selbstständige Lehrtätigkeit ausübt oder ausgeübt hat. In der Regel sind die Prüfenden identisch mit den leitenden Lehrpersonen der betreffenden Lehrveranstaltung. Zum bzw. zur Beisitzenden darf nur bestellt werden, wer über den entsprechenden Masterabschluss oder einen vergleichbaren Abschluss verfügt.

- (2) Die Prüfenden sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig.
- (3) Sofern die Prüfenden, die Beisitzenden und die an Prüfungen Beteiligten nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch den Vorsitzenden bzw. die Vorsitzende des Prüfungsausschusses oder durch den Stellvertreter bzw. die Stellvertreterin zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

§ 13 Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungen, Einstufung in höhere Fachsemester

- (1) Studienzeiten sowie bestandene oder nicht bestandene Leistungen (Studien- oder Prüfungsleistungen), die an einer anderen Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes in einem gleichen Studiengang erbracht worden sind, werden von Amts wegen angerechnet. Bestandene oder nicht bestandene Leistungen in anderen Studiengängen oder an anderen Hochschulen sowie an staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien im Geltungsbereich des Grundgesetzes sind anzurechnen, sofern keine wesentlichen Unterschiede nachgewiesen, festgestellt und begründet werden können; dies gilt auf Antrag auch für Leistungen an Hochschulen außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes. Auf Antrag kann die Hochschule sonstige Kenntnisse und Qualifikationen auf der Grundlage der eingereichten Unterlagen anrechnen.
- (2) Wesentliche Unterschiede bestehen insbesondere dann, wenn die erworbenen Kompetenzen den Anforderungen des Bachelor-Studiengangs Angewandte Informatik nicht entsprechen. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen. Für die Anerkennung oder Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes erbracht wurden, sind die von der Kultusministerkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen der Hochschulpartnerschaft zu beachten. Im Übrigen kann bei Zweifeln das International Office sowie die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden.
- (3) Zuständig für Anrechnungen oder Anerkennung nach den Absätzen 1 und 2 ist der Prüfungsausschuss. Vor der Feststellung, ob wesentliche Unterschiede bestehen, ist in der Regel eine Fachvertreterin bzw. ein Fachvertreter zu hören. Die bzw. der Studierende hat die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen vorzulegen. Nach Vorlage der vollständigen Unterlagen ergeht ein Bescheid, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist, innerhalb von 6 Wochen
- (4) Werden Studien- und Prüfungsleistungen angerechnet, sind die Noten - soweit die Notensysteme vergleichbar sind - zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen. Diese Anrechnung wird im Zeugnis gekennzeichnet.
- (5) Bei Vorliegen der Voraussetzungen der Absätze 1 und 2 besteht ein Rechtsanspruch auf Anrechnung bzw. Anerkennung.
- (6) Die Anrechnung von Studienzeiten und Leistungen nach den vorstehenden Absätzen kann nur in Höhe von maximal 60 Leistungspunkten erfolgen. Bei einem Hochschul- oder Studiengangwechsel ist die Anerkennung einer Masterarbeit grundsätzlich ausgeschlossen.

§ 14 Versäumnis, Täuschung und Ordnungsverstoß

- (1) Versucht der Kandidat bzw. die Kandidatin das Ergebnis einer Prüfungsleistung durch Täuschung zu beeinflussen, ist die betreffende Prüfungsleistung mit 0 Prozentpunkten bzw. mit „nicht bestanden“ zu bewerten. Die tatsächliche Feststellung wird bei Prüfungsgesprächen von den jeweiligen Prüfenden, bei Klausurarbeiten von den Aufsichtsführenden und bei in sonstiger Form erbrachten Prüfungsleistungen durch den Leiter bzw. die Leiterin der jeweiligen Lehrveranstaltung getroffen und aktenkundig gemacht. Im Falle eines mehrfachen oder sonstigen schwerwiegenden Täuschungsversuches kann der Kandidat bzw. die Kandidatin zudem exmatrikuliert werden.
- (2) Ein Kandidat bzw. eine Kandidatin, der bzw. die den ordnungsgemäßen Ablauf bei zu erbringenden Prüfungsleistungen stört, kann von den jeweiligen Prüfenden bzw. den Aufsichtsführenden in der Regel nach einer Abmahnung von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden. In diesem Fall wird die betreffende Prüfung mit 0 Prozentpunkten bewertet. Die Gründe für den Ausschluss sind aktenkundig zu machen. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss den Kandidaten bzw. die Kandidatin von weiteren Prüfungen ausschließen.
- (3) Falls Studierende Bestimmungen dieser Prüfungsordnung aus triftigen Gründen nicht einhalten können, so sind die geltend gemachten Gründe im Prüfungsamt unverzüglich schriftlich anzuzeigen und glaubhaft zu machen. Bei Krankheit des bzw. der Studierenden wird die Vorlage eines ärztlichen Attestes verlangt. Der Prüfungsausschuss kann in begründeten Zweifelsfällen festlegen, dass die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes erforderlich ist.
- (4) Die Abgabe von Plagiaten bei Projektarbeiten oder der Masterarbeit wird als Täuschung gemäß Abs. 1 gewertet.
- (5) Belastende Entscheidungen nach Abs. 1 bis 4 sind dem Kandidaten bzw. der Kandidatin unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

II. Masterprüfung

§ 15 Zulassung

- (1) Zu einer Modulprüfung des Masterstudiums kann zugelassen werden, wer an der Ruhr-Universität Bochum für den Masterstudiengang Angewandte Informatik gemäß § 48 HG eingeschrieben oder gemäß § 52 Abs. 2 HG als Zweithörer bzw. Zweithörerin zugelassen ist.
- (2) Die Anmeldung zu einer Prüfung ist nur dann gültig, wenn beim Prüfungsamt das Bachelorzeugnis vorliegt.
- (3) Zur Masterarbeit können nur Studierende zugelassen werden, die Module im Umfang von mindestens 80 LP erfolgreich absolviert haben. Die Masterarbeit ist im 4. Semester vorgesehen.

§ 16 Art und Umfang der Masterprüfung

- (1) Die Masterprüfung setzt sich aus den Leistungen zu den Modulen einschließlich der Masterarbeit gemäß Anhang 1 im Gesamtumfang von 120 LP zusammen. Eine gesonderte Abschlussprüfung findet nicht statt.
- (2) Die Modulliste (Anhang 1) gibt für jedes Modul die ihm zugeordneten Lehrveranstaltungen und den Umfang in LP an.
- (3) Das Modulhandbuch gibt für jedes Modul die ihm zugeordneten Lehrveranstaltungen an und ist im Internet verfügbar.

- (4) Die bzw. der Studierende kann sich vor dem Bestehen der Masterprüfung in zusätzlichen Fächern als den vorgeschriebenen einer Prüfung unterziehen. Ergebnisse aus diesen zusätzlichen Fächern werden bei der Berechnung der Gesamtnote nicht berücksichtigt. Sie werden im Transcript of Records aufgeführt.

§ 17 Masterarbeit

- (1) Die Masterarbeit ist eine schriftliche Prüfungsarbeit. Sie soll zeigen, dass der Kandidat bzw. die Kandidatin in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein anspruchsvolles Problem der Angewandten Informatik selbstständig mit wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten. Zur Masterarbeit gehört ein universitätsöffentlicher Fachvortrag, in dem der Kandidat bzw. die Kandidatin die wichtigsten Ergebnisse einem Fachpublikum vorstellt. Der Fachvortrag ist in die Bewertung der Masterarbeit einzubeziehen.
- (2) Die Masterarbeit berufenen oder ernannten Lehrperson, die selbstständig im Bachelor- oder Masterstudiengang lehrt betreut werden. Sie kann auch von nichthabilitierten Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern betreut werden, wenn diese zur Prüferin bzw. zum Prüfer bestellt worden sind. Die Betreuung durch einen nicht der Fakultät angehörenden Hochschullehrer oder Lehrbeauftragten ist ebenfalls möglich; dies bedarf der Zustimmung der bzw. des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder deren bzw. dessen Stellvertreters bzw. Stellvertreterin.
- (3) Die bzw. der Studierende hat ein Vorschlagsrecht für das Thema und die Betreuung der Masterarbeit. Eine Ablehnung des Themenvorschlags ist sachlich zu begründen.
- (4) Die Ausgabe der Aufgabenstellung erfolgt über den Vorsitzenden bzw. die Vorsitzende des Prüfungsausschusses des Prüfungsausschusses für den Bachelor- bzw. Masterstudiengang Angewandte Informatik. Der Zeitpunkt der Ausgabe ist aktenkundig zu machen.
- (5) Auf Antrag sorgt der bzw. die Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür, dass der Kandidat bzw. die Kandidatin ein Thema für eine Masterarbeit erhält.
- (6) Die Bearbeitungszeit für die Masterarbeit beträgt sechs Monate. Aufgabenstellung und Umfang der Masterarbeit sind so zu begrenzen, dass die Frist zur Erstellung der Masterarbeit eingehalten werden kann (900 Stunden). Die Aufgabenstellung kann nur einmal und nur innerhalb des ersten Monats der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. Im Einzelfall kann der Prüfungsausschuss auf begründeten Antrag des Kandidaten bzw. der Kandidatin die Bearbeitungszeit ausnahmsweise um eine Nachfrist von bis zu vier Wochen verlängern. Die Masterarbeit kann in deutscher oder englischer Sprache verfasst werden. Der endgültige Titel wird mit der Abgabe der Masterarbeit festgelegt.
- (7) Bei Abgabe der Masterarbeit hat der Kandidat bzw. die Kandidatin schriftlich zu versichern, dass er bzw. sie seine bzw. ihre Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt sowie Zitate kenntlich gemacht hat.

§ 18 Annahme und Bewertung der Masterarbeit

- (1) Die schriftliche Dokumentation der Masterarbeit ist fristgemäß beim Prüfungsamt in zweifacher Ausfertigung und in prüfbarer elektronischer Form abzuliefern. Der Abgabzeitpunkt ist aktenkundig zu machen. Wird die Masterarbeit nicht fristgemäß abgeliefert, gilt sie als mit 0 Prozentpunkten („nicht ausreichend“) bewertet.
- (2) Die Masterarbeit ist von zwei Prüfenden zu bewerten. Eine der prüfenden Personen soll die für die Themenstellung und die verantwortliche Betreuung der Masterarbeit ausgewählte Person sein. Die zweite prüfende Person muss der in § 12, Abs. 1 bezeichneten Personengruppe angehören und wird von dem bzw. der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bestimmt. Die Bewertung durch die prüfenden Personen ist nach dem Prozentpunktesystem vorzunehmen. Die Gesamtbewertung der Masterarbeit wird aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen gebildet. Dezimalwerte werden auf die nächste ganze Zahl aufgerundet. Bei Differenzen um mehr

als 20 Prozentpunkte in den einzelnen Bewertungen legt der Prüfungsausschuss die Gesamtbewertung fest. Dazu wird ggf. eine dritte prüfende Person bestellt

- (3) Das Bewertungsverfahren der Masterarbeit einschließlich der Meldung an das Prüfungsamt ist in der Regel innerhalb von zwei Wochen nach Abgabe der Masterarbeit abzuschließen.
- (4) Die Masterarbeit kann bei nicht ausreichender Leistung (weniger als 50 %) einmal wiederholt werden.

§ 19 Bestehen und Benotung der Masterprüfung

- (1) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn alle Module einschließlich der Masterarbeit erfolgreich absolviert sind und 120 LP erreicht wurden.
- (2) Mit bestandener Masterprüfung ist das Master-Studium abgeschlossen.
- (3) Die Gesamtnote der Masterprüfung ergibt sich als gewichtetes arithmetisches Mittel (gewichtet mit den LP) aller benoteten Modulprüfungen. Dezimalwerte werden auf die nächste ganze Zahl aufgerundet. Für die Notenbezeichnung wird die Tabelle 1 aus § 9 Abs. 3 verwendet.

§ 20 Zeugnis der Masterprüfung

- (1) Über die bestandene Masterprüfung wird ein Zeugnis ausgestellt, das im Kopfteil die Bezeichnung „Zeugnis über die Masterprüfung im Studiengang Angewandte Informatik“ trägt. Auf Antrag kann die Ausstellung des Zeugnisses bei bestandener Masterprüfung um ein Semester verschoben werden, wenn der bzw. die Studierende Prüfungen zum Zwecke der Notenverbesserung unter Berücksichtigung von § 10 wiederholt. Dieser Antrag ist innerhalb von 4 Wochen nach bestandener Masterprüfung beim Prüfungsamt zu stellen. In das Zeugnis werden aufgenommen:
 - a) die Gesamtnote der Masterprüfung mit der Durchschnittsbewertung in Prozentpunkten sowie die Notenbezeichnung,
 - b) das Thema der Masterarbeit, deren Bewertung in Prozentpunkten sowie die Notenbezeichnung,
 - c) die Bezeichnungen der einzelnen Module, die Bewertung der Module in Prozentpunkten sowie die Notenbezeichnung.
- (2) Das Zeugnis ist von dem bzw. der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder dessen bzw. deren Stellvertreter bzw. Stellvertreterin zu unterzeichnen und mit dem Siegel des Gemeinsam beschließenden Ausschusses für Angewandte Informatik zu versehen.
- (3) Das Zeugnis trägt das Datum der letzten Prüfungsleistung. Im Falle der Masterarbeit ist dies das Datum der Abgabe der Arbeit. Es trägt ferner das Datum der Ausstellung.
- (4) Hat der Kandidat bzw. die Kandidatin die Masterprüfung noch nicht bestanden und möchte er bzw. sie das Studium an der Ruhr-Universität Bochum nicht fortsetzen, wird ihm bzw. ihr auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise eine schriftliche Bescheinigung ausgestellt. Sie enthält die absolvierten Prüfungen mit den entsprechenden Prozentpunktzahlen sowie die Bezeichnungen der bestandenen Module, deren Bewertungen in Prozentpunkten und die Notenbezeichnung.

§ 21 Diploma Supplement

- (1) Mit dem Zeugnis wird dem Absolventen bzw. der Absolventin das Diploma Supplement mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt.
- (2) Das Diploma Supplement informiert über das individuelle fachliche Profil des absolvierten Studienganges.

- (3) Das Diploma Supplement wird von dem bzw. der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder dessen bzw. deren Stellvertreter bzw. Stellvertreterin unterzeichnet und mit dem Siegel des Gemeinsam beschließenden Ausschusses für Angewandte Informatik versehen.
- (4) Zum Diploma Supplement gehört das Transcript of Records.

§ 22 Masterurkunde

- (1) Mit dem Zeugnis wird dem Absolventen bzw. der Absolventin die Masterurkunde ausgehändigt. Darin werden die Verleihung des akademischen Grades und die Berufsbezeichnung gemäß § 4 beurkundet. Die Urkunde trägt das Datum der letzten Prüfungsleistung und das Datum der Ausstellung.
- (2) Die Masterurkunde wird von dem Studiendekan bzw. der Studiendekanin des Studiengangs Angewandte Informatik unterzeichnet und mit dem Siegel des Prüfungsausschusses für den Bachelor- bzw. Masterstudiengang Angewandte Informatik versehen.

III. Schlussbestimmungen

§ 23 Ungültigkeit der Masterprüfung, Aberkennung des akademischen Grades

- (1) Hat der Kandidat bzw. die Kandidatin bei einer Prüfungsleistung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, wird der Prüfungsausschuss nachträglich die Bewertungen und Noten für die betreffende Prüfung entsprechend berichtigen und die Prüfung ggf. für nicht bestanden erklären.
- (2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Modulprüfung nicht erfüllt, ohne dass der Kandidat bzw. die Kandidatin hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Modulprüfung geheilt. Hat der Kandidat bzw. die Kandidatin die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Rechtsfolgen.
- (3) Vor einer Entscheidung ist dem bzw. der Betroffenen Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme zu geben.
- (4) Das unrichtige Prüfungszeugnis ist durch den Vorsitzenden bzw. die Vorsitzende des Prüfungsausschusses einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. Eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 ist nach Ablauf eines Jahres nach bekannt werden aller die Einziehung rechtfertigenden Umstände ausgeschlossen.
- (5) Ist die Prüfung aufgrund einer Täuschung insgesamt für nicht bestanden erklärt worden, ist der M.Sc.-Grad abzuerkennen; über die Aberkennung entscheidet der Prüfungsausschuss. Die Entscheidung ist durch den Vorsitzenden bzw. die Vorsitzende des Prüfungsausschusses zu vollziehen und die betreffende Urkunde ist einzuziehen.

§ 24 Einsicht in die Prüfungsakten

- (1) Nach Abschluss des Prüfungsverfahrens wird dem Kandidaten bzw. der Kandidatin auf Antrag in angemessener Frist Einsicht in seine bzw. ihre Prüfungsakte gewährt.
- (2) Der Antrag ist binnen eines Monats nach Aushändigung des Prüfungszeugnisses bei dem bzw. der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu stellen. Der bzw. die Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

§ 25 Übergangsbestimmungen

Zum Ende des Wintersemesters 2015/2016 kann letztmalig eine Masterprüfung nach der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Angewandte Informatik vom 10.11.2009, Amtliche Bekanntmachungen der Ruhr-Universität Bochum Nr. 797, abgelegt werden. Ab Sommersemester 2016 können Prüfungsleistungen nur noch nach der vorliegenden Prüfungsordnung abgelegt werden. Auf Antrag des/der Studierenden, die nach der Prüfungsordnung vom 10.11.2009 studieren, kann diese Prüfungsordnung angewendet werden. Der Antrag auf Anwendung ist unwiderruflich.

§ 26 Inkrafttreten und Veröffentlichung

- (1) Diese Prüfungsordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft und gilt für alle Studierenden, die sich ab dem Wintersemester 2013/2014 in diesen Studiengang immatrikulieren.
- (2) Diese Prüfungsordnung wird in den Amtlichen Bekanntmachungen der Ruhr-Universität Bochum veröffentlicht.

Ausgefertigt aufgrund der Beschlüsse des Gemeinsam beschließenden Ausschusses für Angewandte Informatik vom 17.07.2013.

Bochum, den 30. September 2013

Der Rektor
der Ruhr-Universität Bochum
Universitätsprofessor Dr. E. Weiler

Anhang 1
zur Prüfungsordnung für den Master-Studiengang
„Angewandte Informatik“
an der Ruhr-Universität Bochum

Modulliste

Nr	Modul	Lehrveranstaltung	Mind. Umfang Modul (LP)	Semester der Modulprüfung	autom. Anmeldung im 3. FS	autom. Wiederanmeldung	Bewertung
Wahlpflichtbereich							
1	Wahlpflichtmodule	Fächer aus dem Wahlpflichtkatalog *	20	1-3	Ja	Ja	benotet
Vertiefungsbereich							
2	Vertiefungsmodule	Fächer aus der Vertiefung **	45	1-3	Nein	Ja	benotet
3	Seminar	Masterseminar ***	3	1-3	Nein	Nein	benotet
4	Freie Wahlfächer	frei wählbar ****	8	1-3	Nein	Nein	unbenotet
Studienprojekt							
5	Master-Studienprojekt	Master-Studienprojekt	10	1-3	Nein	Nein	benotet
Masterarbeit							
6	Masterarbeit und Kolloquium	Masterarbeit und Kolloquium	30	4	Nein	Nein	benotet
Summe:			120				

- * Die Liste der wählbaren Wahlpflichtmodule befindet sich im jeweils aktuellen Modulhandbuch, welches vom Gemeinsam beschließenden Ausschuss verabschiedet wird.
Es müssen Module im Umfang von mindestens 20 LP gewählt werden.
- ** Die Liste der wählbaren Vertiefungsmodule befindet sich im jeweils aktuellen Modulhandbuch, welches vom Gemeinsam beschließenden Ausschuss verabschiedet wird.
Es müssen Module im Umfang von mindestens 45 LP gewählt werden.
- *** Die Liste der wählbaren Masterseminare befindet sich im jeweils aktuellen Modulhandbuch, welches vom Gemeinsam beschließenden Ausschuss verabschiedet wird.
Es müssen Seminare im Umfang von mindestens 3 LP gewählt werden.
- **** Hier können alle Veranstaltungen des Vorlesungsverzeichnisses der RUB, sowie Veranstaltungen im Rahmen der UAMR gewählt werden.
Es müssen Veranstaltungen im Umfang von mindestens 8 LP gewählt werden.